

Transdisziplinäre Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen

Forschen für den Fortschritt

Die Transformation zur Nachhaltigkeit ist ein Gemeinschaftswerk und kann nur in einem transdisziplinären und partizipativen Prozess gelingen. Wie sich das in konkrete politische Ansätze umsetzen lässt, ist an einem Prototyp in Nordrhein-Westfalen erkennbar.

Von Steffi Ober

Die „Große Transformation“, der notwendige Umbau zu einer ressourcenleichten, nachhaltigen Gesellschaft, kann nur gelingen, wenn Wissenschaft und Forschung sich auf die Bewältigung der großen Probleme wie Klimawandel, Ressourcenknappheit oder Welternährung hin ausrichten (1).

Die große Transformation in der Wissenschaft

Das erfordert, Wissenschaft und Forschung neu zu denken. Ein einfacher technischer Wandel im Sinne von Effizienz reicht für die Bewältigung dieser Herausforderungen nicht aus. Rebound Effekte drohen die gewonnenen Einsparungen an Ressourcen schnell wieder einzuschmelzen. Selbstverständlich müssen technische Voraussetzungen geschaffen werden, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Doch die ausschließliche Fixierung auf technische Lösungen ist nicht problemgerecht. Die nationale Plattform Elektromobilität, die hauptsächlich von der Industrie besetzt wird, fordert vier Milliarden Forschungsförderung. Diese gigantische Investition geht nur in die Entwicklung einer Antriebstechnologie. Der Gesellschaft wird vorgegaukelt, es reiche aus, den Verbrennungsmotor mit einem Elektromotor zu ersetzen, statt über neue Mobilitätskonzepte nachzudenken. Die Anforderungen der „Großen Transformation“ gehen jedoch weit darüber hinaus.

Zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGO) nutzten das Wissenschaftsjahr 2012, um sich gemeinsam über ihre Wissenschafts- und Forschungspolitik zu verständigen. Sie wollen, dass gesellschaftliche Probleme zum Ausgangspunkt der Wissenschaft werden und ein grundlegender kultureller Wandel der Lebensstile und Suffizienz angestoßen wird. Eingefordert werden:

- Mehr Partizipation der Zivilgesellschaft in der Wissenschaft durch Beteiligung der Zivilgesellschaft bei der Formulierung von Forschungsfragen und -programmen sowie in Gremien öffentlich finanzierter wissenschaftlicher Einrichtungen.

- Die Entwicklung und Einrichtung transparenter Agenda-Prozesse für die inhaltliche Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungsförderung.
- Deutlicher Ausbau von Forschungsprogrammen und -aktivitäten für Zukunftsthemen und transdisziplinäre Forschung.

Partizipative Entwicklung der Forschungsstrategie

Nordrhein-Westfalen (NRW) gibt auf diese Forderungen aus der Zivilgesellschaft eine erste Antwort, wagt sich an einen Prototypen für die politische Steuerung der transformativen Forschung. Dazu entwickelt die Zivilgesellschaft neue Leitbilder des Wissenschaftssystems in einem deliberativen Prozess und setzt sie in konkrete Steuerungsansätze um. Forschen für den Fortschritt – so lautet die neue Forschungsstrategie in NRW, die am 22. Februar 2013 auf einem Kongress der Landesregierung vorgestellt wurde. Voraus ging dieser Forschungsstrategie ein einmaliger Prozess, sie konnte nämlich seit dem Sommer 2012 von allen Bürgerinnen und Bürgern online unter www.fortschritt.nrw.de kommentiert werden. Relevante Stakeholder in NRW wurden um Kommentierung gebeten. Die Landesregierung meint es offensichtlich ernst mit ihrem Dialog und begleitet die Umsetzung der Forschungsstrategie mit einem Strategierat. Dieser ist wie das Programm inter- und transdisziplinär ausgerichtet und bezieht Mitglieder aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein. Dieser Prozess stärkt nicht nur die Demokratie sondern auch die Qualität von Verwaltungsentscheidungen. Denn die Rationale der Verwaltung lautet, möglichst unparteiisch, effizient und rational staatliches Handeln umzusetzen.

Ein Prototyp für die transformative Forschung

Das Ziel Nachhaltigkeits in Wissenschaft- und Forschungspolitik ist jedoch ein unscharfer und weit interpretierbarer Auftrag. Wie die Welt in Zukunft aussehen wird und welche Innovationen wir dafür brauchen, ist keine Frage, die nur eine Antwort zulässt. Partizipation trägt zu mehr Legitimation bei, weil vielfältige Interessen in einen deliberativen Prozess eingebracht werden. So wird staatliches Handeln qualitativ besser abgesichert, und es wächst voraussichtlich die Akzeptanz. Um die Effizienz des Prozesses zu gewähren, empfiehlt es sich, auf Verbände und strukturierte Interessensvertretungen zurückzugreifen, so wie es die Landesregierung NRW mit dem Steuerungsgremium Zukunftsrat vormacht.

Bislang fehlt es an Verfahren, wie wir Nachhaltigkeit im Sinne von Gerechtigkeit für die jetzt und in der Zukunft Lebenden gewährleisten. Wissenschaft ist ein Teil dieses Diskurses und muss erklären können, warum sie welche Forschung betreibt (Forst 2010) und welchen Beitrag sie zur Transformation der Gesellschaft zu mehr Nachhaltigkeit leistet. Aufgabe der Politik ist es, Räume für den Diskurs zur Verfügung zu stellen. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft bleibt es, diese Angebote zu nutzen und in ihren Strukturen in den Verbänden und Interessenvertretungen Ressourcen bereitzustellen. Partizipation ist voraussetzungslos und stellt hohe Ansprüche an die eigene Diskursfähigkeit in den wissenschaftlichen Themenfeldern.

Orte des Fortschritts

NRW gestaltet die Diskursräume auf drei Ebenen. Auf der zentralen Ebene der Steuerung mit der Landesregierung gibt es den bereits geschilderten Zukunftsrat mit den Verbänden. Ein deliberativer Prozess findet in den „Foren des Fortschritts“ statt. Dort soll in einem transdisziplinären Diskurs ein gemeinsames Verständnis von Innovationen und Veränderung entwickelt und Impulse für neue Lösungen ermöglicht werden. Ein weiteres Instrument der politischen Steuerung sind die „Orte des Fortschritts“. Dies sind quasi die Projekte zum Anfassen, wo bereits erfolgreiche Pioniere des Wandels neue Wege gehen und die „Landkarten in den Köpfen“ verändern. Klug begegnet der Entwurf der Landesregierung den Abwehrreflexen aus der Wissenschaft, die Verpflichtung auf Nachhaltigkeit sei ein unzulässiger Eingriff in die Forschungsfreiheit. Die Forschungsstrategie weist explizit darauf hin, dass auch weiterhin die solide Grundfinanzierung einer nicht explizit auf Nachhaltigkeitsziele ausgerichteten Forschung im Blick sei.

NRW argumentiert stark für die Partizipation der Zivilgesellschaft mit der Notwendigkeit, vom Wissen zum Handeln zu kommen. Dahinter steht die Idee, dass Partizipation emanzipatorisch wirkt und einen Bildungscharakter hat. Doch wenn wir erreichen wollen, dass möglichst viele Interessen eingebracht, möglichst viele Verbände sich in der anspruchsvollen Forschungsplanung für eine nachhaltige Zukunft beteiligen, dann müssen auch Ressourcen für die Partizipation der Zivilgesellschaft bereitgestellt werden. Die ZGO müssen in ihre Organisationen investieren und „Literacy in Science and Society“ entwickeln.

Experiment mit widerstrebenden Interessen

Diese Literacy ist notwendig, um im Entscheidungsprozess zu Wissenschaft und Forschung, die richtigen Forschungsthemen zu identifizieren und die richtigen Anreize für das Wissenschaftssystem zu schaffen. Hier könnte die Politik zusammen mit Stiftungen dazu beitragen, die Wissensbasis in den Verbänden zu erweitern und wissenschaftspolitische Kompetenz aufzubauen. Angesichts der bestens etablierten Zugänge der Industrie, die in vielen Expertenkommissionen seit Jahren

„Wenn sich möglichst viele Akteure in die Forschungsplanung einbringen sollen, müssen auch Ressourcen für die Partizipation der Zivilgesellschaft bereitgestellt werden.“

mit hoher fachlicher Kompetenz Wissenschaftspolitik betreibt, ist aufseiten der ZGO großer Nachholbedarf zu konstatieren, sowohl was Möglichkeiten der Partizipation aber auch was Netzwerke und Erfahrung angeht.

Die Landesregierung hat einen mutigen Prototypen vorgelegt, der den Erfordernissen einer nachhaltigen Wissenschaftspolitik Rechnung trägt. Wie die Abwägungsprozesse der durchaus widerstrebenden Interessen in konkreten Fragestellungen in den nächsten Jahren entschieden werden und welche Interessen sich realpolitisch durchsetzen, bleibt ein interessantes Experiment, das nicht nur die Zivilgesellschaft aufmerksam verfolgen wird.

Anmerkungen

- (1) Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltfolgen WBGU hat in seinem Jahresgutachten 2011 die Große Transformation und die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages vorgestellt. Selten hat ein Gutachten eines Beratungsgremiums der Bundesregierung solch weitreichende Implikationen für das Wissenschaftssystem aufgezeigt.

Literatur

- Ekardt, Felix (2010): Prozeduralisierung von Gerechtigkeit und Steuerung in der Europäischen Union – unter besonderer Berücksichtigung der Aarhus-Konvention. 2. neu bearbeitete Auflage, Lit Verlag: Münster.
- Forst, Rainer (2007): Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit. Suhrkamp Verlag: Frankfurt /M.
- Scholz, Roland W. (2011): Environmental Literacy in Science and Society: From Knowledge to Decisions. Cambridge University Press: New York, USA.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. Berlin.

AUTORIN + KONTAKT

Dr. Steffi Ober ist Projektleiterin des Projektes „Forschungswende“ (VDW), das die Zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik unterstützt.

E-Mail: steffi.ober@vdw-ev.de



Copyright © 2013, IÖW und oekom Verlag. Die Nutzung des Artikels ist Abonnenten von Ökologisches Wirtschaften vorbehalten. Nachdruck und Vervielfältigung des Artikels einschließlich Speicherung und Nutzung auf optischen und elektronischen Datenträgern nur mit Zustimmung der Redaktion von Ökologisches Wirtschaften (<http://www.oekologisches-wirtschaften.de>).